



**Gudrun Pieper**

**Mitglied im Niedersächsischen Landtag**

Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung  
Mitglied im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familien, Gesundheit und Migration  
Behindertenpolitische Sprecherin

---

### **Rede im Rahmen der Plenarsitzung am 12.05.2015**

#### **Zum Thema: „ Landesbüro Niedersachsen der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit erhalten“**

**Drs. 17/3444**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir alle waren völlig überrascht, als uns die Nachricht ereilte, dass das Landesbüro der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in der Landeshauptstadt Hannover von der Schließung bedroht ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, ich spreche auch für alle, dass wir dieses auf keinen Fall so hinnehmen können und auch nicht dulden wollen und dass wir alle dafür kämpfen müssen, dass auf Bundesebene von diesen Planungen Abstand genommen wird.

Erinnern wir uns an die Verschmelzung der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und der Internationalen Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt) zum 1. Januar 2011 zur Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, der jetzigen GIZ. Ziel dieser neuen Einrichtung war und ist es, den Aufbau internationaler Netzwerke, den Zugang zu neuen Märkten, grenzübergreifende Projektentwicklungen und Projektmanagements, Erschließung neuer internationaler Fördermöglichkeiten, Zugang zu Innovationen, Grenzüberschreitungen u. a. für die Wirtschaft, für die maritime Wirtschaft, für die Agrarwirtschaft, für die Ernährungswirtschaft, für die Mobilitätswirtschaft und Logistik, Wissenstransfer, Bildung, Weiterbildung und Wissenschaft zu fördern.

Gerade unser Bundesland, meine sehr geehrten Damen und Herren, als Automobilstandort Nummer eins, als Agrarland Nummer eins, als starker maritimer Standort und mit dem Messestandort Hannover hat nach wie vor ein großes Interesse daran, dass diese förderliche Zusammenarbeit erhalten bleibt und weiter ausgebaut wird.

Beispiele aus der Vergangenheit zeigen - ich kann es nur beispielhaft benennen -, wie wichtig die Weiterführung des Landesbüros für Niedersachsen ist. Dazu gehören die Zusammenarbeit und der Ausbau z. B. der freundschaftlichen Beziehungen zu Eastern Cape. Der Vertrag wurde ja im August 2004 gemeinsam mit der DEULA-Nienburg, dem Landessportbund, der Hochschule Ostfalia in Wolfenbüttel oder auch mit der BBS Neustadt am Rübenberge wieder aufgenommen, erweitert und ausgebaut. Ein weiteres Beispiel ist das Projekt der Förderung von erneuerbaren Energien in Tansania, das gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer, mit dem Bund und dem Land insgesamt 300 000 Euro Förderung nach vorne gebracht hat, sowie Projekte mit der Uni Vechta und der Leibniz Universität. - Wir konnten uns als Ausschuss bereits im Juni letzten Jahres davon



**Gudrun Pieper**

**Mitglied im Niedersächsischen Landtag**

Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung  
Mitglied im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familien, Gesundheit und Migration  
Behindertenpolitische Sprecherin

---

überzeugen, dass das Landesbüro viele wichtige Impulse gerade für uns hier in Niedersachsen geben kann, dass wir eine gute Zusammenarbeit anstreben und auch weiterführen sollten.

Die jetzt beabsichtigte Planung eines Landesbüros für den gesamten norddeutschen Raum nur in Hamburg halten wir für eine absolute Fehlentscheidung, für eine absolute Fehlentwicklung.

Deswegen begrüßen wir als CDU-Fraktion es außerordentlich, dass es gelungen ist, den heutigen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen hier im Landtag nicht nur einzubringen, sondern dass wir auch direkt darüber abstimmen können; denn ich denke, das ist ein starkes Signal, das wir hier gemeinsam aussenden können.

In diesem Antrag gibt es zwei Kernpunkte.

Erstens: dass die Landesregierung die Arbeit des Landesbüros der GIZ in Niedersachsen weiterhin begleitet. - Ich gehe davon aus, dass es auch so sein wird.

Zweitens: dass sich die Landesregierung gegenüber den Entscheidungsträgern beim Bund dafür einsetzt, die beabsichtigte Schließung nicht umzusetzen.

Wir beantragen von daher die sofortige Abstimmung, und wir denken, dass dieses auch ein starkes Signal gegenüber den Mitarbeitern der GIZ ist.

Vielen Dank.